



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Wilhelm von Humboldt

Haym, Rudolf

Berlin, 1856

Aufenthalt und Wirksamkeit in Berlin.- Preußische Zustände.- Ernennung zum Mitglied des Staatsraths.- Verhältniß zu Hardenberg.- Opposition gegen diesen.- Hergänge im Staatsrath.- Zerwürfniß mit dem ...

[urn:nbn:de:hbz:466:1-48042](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-48042)

in Unterhandlung getreten war. Dieselben Gründe, welche mit so viel Erfolg gegen die preussischen Friedensbedingungen geltend gemacht worden waren, wurden jetzt gegen denjenigen vorgebracht, der in der Ansicht des französischen Cabinets neben den Blücher und Gneisenau rangirte. Die Sendung Humboldt's würde eine kränkende Erinnerung an den demüthigenden Frieden in sich schließen, der unter seiner Mitwirkung abgeschlossen worden, seine Gegenwart würde in den Augen der Nation ein fortdauernder Vorwurf für die Regierung sein, die man stärken und stützen zu wollen erklärt habe. Hardenberg, voll Rücksicht überdies für die Wünsche des russischen Cabinets, ließ diesen Vorstellungen ein williges Gehör. Die eben eintretende Erledigung des Londoner Gesandtenpostens gab ihm ein Mittel an die Hand, sich mit seinem an Humboldt ertheilten Versprechen abzufinden. So wenig dieser mit Hardenberg's Nachgiebigkeit einverstanden war, so wenig schmerzte ihn persönlich der Verzicht auf Paris. Er selbst war es, der sich statt dessen nunmehr den Londoner Posten erbat¹⁾.

In der That, er konnte wohl zufrieden sein, einer Mission überhoben zu werden, die bei dem erklärten Widerwillen der französischen Regierung gegen seine Person nicht einladend und bei der Unsicherheit der Restaurationszustände in Frankreich voll schwerer Verantwortlichkeit war. Wäre nur die Nachgiebigkeit gegen Richelieu nicht zugleich ein Zeichen von der Haltlosigkeit des politischen Systems des Staatskanzlers gewesen! Hätte sich dessen Gesinnung nur nicht auch darin verrathen, daß er die Gesandtschaftsstelle am Bundestage nur dann erst Humboldt angetragen hatte, als man einen Lückenbüßer brauchte und als sie bereits aufgehört hatte, wünschenswerth zu sein! Nur um so wichtiger indeß, wenn Humboldt noch vor seiner Uebersiedelung nach London Zeit blieb, seinen Einfluß allererst in Berlin selbst geltend zu machen. Die Aufforderung dazu war zugleich mit der Bewilligung des Londoner Postens an ihn ergangen. Er sollte zu den wichtigen Berathungen zugezogen werden, die über die Finanzverfassung des Königreichs und über die Constitutionsfrage demnächst in Berlin bevorstanden. Sichtlich befand sich der Staatskanzler in einer Klemme zwischen entgegengesetzten Parteeinflüssen

1) An Caroline Wolzogen, Nachlaß II. 29.

und Meinungsströmungen. Es konnte scheinen, als ob er ernstlich Willens sei, sein bedrängtes Ansehen durch die Hülfe seines ehemaligen diplomatischen Genossen zu verstärken, und dieser war vollkommen bereit, den liberalen Absichten Hardenberg's gegen die Umtriebe der reactionären Partei jede Unterstützung zu leihen, die in seinen Kräften stünde.

Im Januar 1817 reiste demgemäß Humboldt mit den Seinigen, mit denen er seit dem letzten halben Jahre in Frankfurt auf's Glücklichsste zusammengelebt hatte,¹⁾ über Weimar, wo Göthe besucht ward, und über Burgörner, wo andre alte Erinnerungen aufzufrischen waren, nach der Hauptstadt. Im Februar langte er daselbst an. Belohnungen und Auszeichnungen warteten seiner. Reichlich waren schon früher seine diplomatischen Verdienste ihm durch die Gunst seines Königs und durch eine Menge von Orden bezahlt worden, unter denen das eiserne Kreuz zweiter und erster Klasse die ehrendsten waren. Er erhielt jetzt in der Herrschaft Ottmachau im Fürstenthum Neisse auch die schon früher ihm zugesagte Dotation angewiesen, nachdem er sich dieselbe auf einer eigens zu diesem Zweck nach Schlesien angetretenen Reise selbst ausgewählt hatte. Durch Cabinetsordre vom 20. März wurde der Staatsrath gegründet. Es war eine neue Auszeichnung für Humboldt, daß durch dieselbe Cabinetsordre auch er unter die Mitglieder dieses Collegiums aufgenommen wurde.

Die Ehre freilich dieser Ernennung war so zweifelhaft wie der Werth der ganzen Institution. Ein buntes Gemisch von Namen fand sich in der Liste der Ernannten beisammen. Es war klar daß sich der Staatskanzler, der dem Collegium präsidiren sollte, mit Freunden wie mit Feinden hatte abfinden wollen. Nur sehr von Weitem und mittelst eines allzu umständlichen Apparates waren dadurch Reformen in der Verwaltung in Aussicht gestellt. Es sollte ein Schritt nach der verheißenen Verfassung hin sein, allein Stein hatte Recht, wenn er einen solchen Gesetzgebungskörper für ein hors d'oeuvre neben der Verfassung erklärte: derselbe konnte ebenso ein

1) An Wolf d. d. 10. August 1816, G. W. V. 297. An Caroline Wolzogen, Nachlaß II. 22. Vergl. Schlesier, II. 326 ff. und was daselbst aus Zelter's und Kappel's Briefen mitgetheilt wird.

Mittel zur Umgehung und Vereitelung der Verfassung werden. Nichts destoweniger war es gerathen, die gebotene Gelegenheit zu benutzen, um auf die Regierungsmaaßregeln einzuwirken. Es war hohe Zeit dazu. Die Anzeichen der beginnenden Reaction waren in der Nähe erschreckender als in der Ferne. Alle Befürchtungen, welche Humboldt mitgebracht hatte, sollten sich ihm an Ort und Stelle mehr als bestätigen. Er fand, daß die Macht und das Ansehen des Fürsten Staatskanzler auf's Außerste erschüttert sei. Die Männer, welchen von je her die Stein-Hardenberg'sche Politik ein Mergerniß gewesen war, und welche sich seit dem Frühjahr 1813 zu einer Oppositionspartei gegen den Kanzler verbündet hatten, begannen seit der Beendigung des Krieges mit immer zunehmendem Erfolge den König nach ihrem Willen zu lenken und den Minister zu durchkreuzen. Alle diejenigen, welche über ehemalige Zurücksetzung grollten, die durch die Hardenberg'sche Gesetzgebung in ihren Interessen verletzten Junker, hornirte Militärs und fanatische Anhänger des Alten, — sie Alle, denen zum Troß Preußen sich erhoben, gesiegt und sich befreit hatte, bildeten, unterstützt von österreichischem und russischem Einfluß, eine geschlossene Phalanx gegen das neue Preußen und gegen das politische System, wie es einst durch das Stein'sche Testament und wie es noch jüngst durch die Verordnung vom Mai 1815 war bezeichnet worden. Eine Coterie regierte in und neben dem Ministerium; die regelmäßige Leitung der Geschäfte wurde durch eine organisirte Cabale den Händen des Staatskanzlers von Tag zu Tag mehr entwunden. Diese Hände selbst waren schwach und zitternd geworden. Hardenberg — es muß gesagt werden — war nichts mehr als ein eitler und gebrechlicher alter Mann. Von den Eigenschaften, die ihn einst, in der Zeit der nothgedrungenen Allianz mit Frankreich, zu dem geeignetsten Lenker preussischer Politik gemacht hatten, war ihm nichts als die glatte Freundlichkeit des Diplomaten und die gewandte Liebenswürdigkeit des Weltmanns geblieben. Von dem wagenden Willen, den er einst gegen das rebellische Junkerthum eingesetzt hatte, war jede Spur bis auf den Entschluß verschwunden, die Ehre und die Einkünfte seiner Stelle um keinen Preis fahren zu lassen. An dieser Schwäche, welche mit Fehlern einer schlimmeren und verächtlicheren Art zusammenhing, hielten ihn die Wittgenstein und Schuckmann, die Bülow und

rottum in der Gewalt. Ein Slave seiner Eitelkeit und seiner durch das Alter weder zu Verstand noch zum Schaamgefühl gekommenen Sinnlichkeit, war er der Slave sowohl derer, die ihm schmeichelten, wie derer, die ihm drohten. Zwischen grundsatzlosem Liberalismus und grundsatzlosen Concessionen an die Reaction schwankend, träge und gedankenlos stand er am Ruder eines Staates, welches der kräftigsten Leitung niemals mehr als jetzt bedurft hätte. Seine Umgebungen waren die schlechtesten; die Minister, die ihm zur Seite standen, waren allgemein verachtet. Alle Verwaltungsgeschäfte lagen in der heillosesten Verwirrung. Unordnung und Willkür herrschte insbesondere in dem Finanzdepartement des Ministers von Bülow. Und zu dem Allen das Schlimmste! Schon fingen die Bestgefinnten an, an der Möglichkeit einer Heilung der Zustände zu verzweifeln. Die Erschlaffung, welche in den oberen Regionen herrschte, fing an, sich auch der öffentlichen Stimmung zu bemächtigen. Selbst den Muthigsten versagte der Muth und die Lust, gegen das Unwesen zu reden und zu wirken, und selbst ein so kräftiger Mann wie Schön wußte keinen andern Rath zu geben, als den, „dem Zufall und den Schicksalen das Weitere zu überlassen.“

Aber so war nicht die Ansicht und die Gesinnung Wilhelm's von Humboldt. Er hatte sich kaum mit eigenen Augen von der Heillosigkeit der Zustände und von dem Verfall des Staatskanzlers überzeugt, als er seinen Entschluß gefaßt hatte. Niemand, der die früheren Verdienste Hardenberg's neidloser anerkannt hätte, Niemand, der ihm ein treuerer und bescheidnerer Gehülfe gewesen wäre. An ihm hatte die vom Glück begünstigte Klugheit des Staatskanzlers in der auswärtigen Leitung des Staates während der Jahre 1811 und 1812 einen warmen Lobredner gefunden. Er hatte nicht zu denen gehört, welche die heilsame Thätigkeit desselben in der gleichzeitigen Reform des Innern um der einzelnen Fehlgriffe willen, die mit unterliefen, verkannten oder befehdeten. Im Jahre 1813 hatte er sich in der vollkommensten Harmonie mit den Ansichten Hardenberg's befunden und auf kein höheres Lob für sich selbst Anspruch gemacht, als daß er so gut gesinnt sei wie jener. Hardenberg zur Seite und im engsten collegialischen Bunde mit ihm, hatte er seitdem, während der ganzen Dauer des Krieges und auf drei großen Congressen, die Interessen Preußens vertreten. Nicht immer zwar hatten

es die andern Diplomaten leicht gefunden, den Grad der Uebereinstimmung zu erkennen, der zwischen den Ansichten des einen und des andern preussischen Gesandten bestehe. Ueber Manches, wie sich von selbst versteht, waren ihre Meinungen auseinandergegangen, und nicht immer hatte Humboldt seine abweichende Ueberzeugung zurückgehalten. Er hatte die Fahrlässigkeit des Staatskanzlers nicht gut heißen können, und er war nahe daran gewesen, mit Bitterkeit von seiner Nachgiebigkeit zu sprechen. Es war dennoch zu keinem Bruch zwischen ihnen gekommen. Bei dem kalten und ruhigen Temperament des Einen, bei dem leichten und versöhnlichen Sinn des Andern war ohne Mühe jeder Streit vermieden, jede Differenz zugebedt worden. In allem Wesentlichen, soweit es sich um Ansichten handelte, war man in der That einig gewesen. Die Abweichung hatte in der Regel erst da begonnen, wo es sich um die letzte praktische Entscheidung handelte. Immer jedoch hatte es auch hier einen mächtigen Grund gegeben, Einigkeit zu zeigen. Die Vertreter Preussens standen meist allein gegen die verbündete Opposition der übrigen Mächte. Um irgend etwas zu erreichen, war die erste Bedingung, daß man nicht Verschiedenes und auf verschiedenem Wege erstrebte. Diese Rücksicht fiel jetzt weg. Die Scene hatte sich völlig geändert. Die Schwäche des Staatskanzlers hatte denselben zum Werkzeug in den Händen einer Partei gemacht, die gegen ihn selbst, gegen seine eigenen besseren Ueberzeugungen und Absichten, gegen die wahren Interessen des Staates anging. Wenn es noch möglich war, ihn den unwürdigen Fesseln zu entreißen, in denen sein Wille gefangen ging, so war es dadurch, daß man offen und scharf den Maßregeln entgegentrat, denen er die Sanction seines Namens lieh. Auf alle Fälle ging die Pflicht für das Vaterland über die Pflicht der Freundschaft und über die Rücksichten der Collegialität. Auf die Gefahr hin, mit dem Staatskanzler zu brechen und in noch höheren Regionen Anstoß zu geben, ergriff Humboldt seine Partie. Er zuerst, während alle Uebrigen schwiegen und resignirten, pflanzte gegen die beginnende Reaction die Fahne der Opposition auf und trug sie mitten in das Lager des Feindes.

Gleichzeitig mit der feierlichen Eröffnung des Staatsrathes am 20. März bestimmten zwei Cabinetsordren die Bildung und Zusammensetzung eines zwiefachen Ausschusses aus dessen Mitte. Der

Eine sollte sich mit der Entwerfung der verheißenen Verfassung, der andere mit der Prüfung eines von dem Finanzminister entworfenen neuen Steuergesetzes beschäftigen. Humboldt war zum Mitglied beider Ausschüsse ernannt. Aber der Verfassungsausschuß gab ihm für jetzt wenig zu thun. Eine einzige Sitzung wurde abgehalten. Nur der Anfang des Anfangs wurde gemacht. Auf den Antrag des Staatskanzlers verschrift man zur Wahl von Commissarien, welche über die in den einzelnen Landestheilen bestehenden oder untergegangenen Verfassungen an Ort und Stelle Nachrichten einzuziehen, mit Eingefessenen der Provinzen über die ganze Angelegenheit verhandeln und so für die nächstjährigen Sitzungen das Material zu weiteren Beratungen vorbereiten sollten.

Eine regere Thätigkeit entwickelte der Finanzausschuß. Humboldt hatte in diesem den Vorsitz zu führen, und er führte ihn mit der ihm eigenen Ruhe und Klarheit. Kaum jemals war Ruhe und Klarheit nöthiger gewesen. Die Commission sollte die Vorlage des Ministers begutachten; sie sollte, im Falle der Mißbilligung, mit eigenen Vorschlägen hervortreten. Der Finanzbericht und der Steuergesetzentwurf des Herrn von Bülow war, wie sich von einem Manne erwarten ließ, dessen Leichtsinn noch größer als seine Unfähigkeit war und dessen Verwaltungsgrundsätze den Zuschnitt derjenigen hatten, die in dem Cabinet des weiland Königs von Westfalen gegolten hatten. Heftige Debatten fanden daher in der Commission Statt. Heftigere sollten im Plenum des Staatsraths Statt finden. Der Ausschuß hatte sich in seiner Mehrheit gegen den ministeriellen Entwurf erklärt und sich über die Grundzüge eines zeitgemäßerem und richtigeren Steuersystems vereinigt. Humboldt vor Allem führte neben dem Berichterstatter in der Staatsrathsitzung vom 2. Juli das Wort. Schonungslos stellte er die Blößen des lägenhaft glänzenden Rapports auf, den der Minister über die preussische Finanzlage entworfen hatte. Mit sachkundigem Scharfsinn kritisirte er die Gesetzesvorlage. Lange war so nicht gesprochen worden; ein so kühnes und offnes Auftreten gegen die Ansichten der Regierung war neu und überraschend. Es wurde stürmisch in dem kleinen Parlament. Die Ministeriellen thaten ihre Schuldigkeit; sie eilten dem Bedrängten zu Hülfe und suchten den Entwurf zu retten. Aber nun erst zeigte sich die ganze Stärke des Angreifers. In einer

glänzenden Replik, im fließendsten und lichtvollsten Vortrag, antwortete Humboldt jedem Einzelnen und auf jeden einzelnen Einwurf. Der Staatsrath wurde bald nach diesen Vorgängen vertagt. Es kam nicht zur Feststellung eines anderen Regierungssystems: aber das Bülow'sche Project war unrettbar verloren. Bülow ward noch in demselben Jahre zum Aufgeben seines Departements vermocht und mit einem unbedeutenden, eigens für ihn gestifteten Portefeuille des Handels abgefunden. Allein nicht ihn bloß hatte der Schlag getroffen. Die ganze Verwaltung des Staatskanzlers hatte eine schwere Niederlage erlitten, und der Staatskanzler fühlte sie scharf. Man sprach davon, daß er zurücktreten und daß Humboldt ihn ersetzen würde. Das Gerücht war falsch, aber es bezeichnete die Stimmung des Publicums. Die Scenen im Staatsrath waren nicht verschwiegen geblieben. Man hatte gehört, wie alte Freunde und Gesinnungsgenossen in Gegensatz getreten waren. Es war nur Eine Stimme der Bewunderung über die Beredsamkeit, die Geistesgegenwart und die Sachkenntniß, welche Humboldt bei dieser Gelegenheit an den Tag gelegt habe. Er war zu einem populären Mann und zum Haupt der Opposition geworden. Voll Scheu und Besorgniß blickte Hardenberg auf den gefährlichen Rivalen, welchen die Wünsche und Hoffnungen des Publicums voreilig zu seinem Nachfolger machten.¹⁾

Das Mittel, sich des Gefürchteten zu entledigen, lag in dessen Bestimmung für die Londoner Gesandtenstelle bereit. Das Verfahren Hardenberg's jedoch war von charakteristischer Heimlichkeit und Involuntät. Der Staatsrath hatte seine Sitzungen für dies Jahr beendet. Noch im Juli hatte Humboldt seine schlesische Reise angetreten. Der Staatskanzler war nach Karlsbad gegangen. Hier war es, wo er Anfang August von Humboldt aufgesucht wurde. Es schien, als ob nichts zwischen den beiden Staatsmännern vorgefallen wäre, und Hardenberg nahm die Miene an, als ob ihm nichts angelegener wäre, als ein fortgesetztes collegialisches Zusammenwirken. Er hatte beschlossen, die neuerworbenen preussischen Besitzungen am Rhein zu

1) Für die Darstellung der Vorgänge im Staatsrath standen uns leider keine anderen Quellen zu Gebote als die von Schlesier benutzten. Diesen sind wir daher im Obigen gefolgt.